

Antifaschismus im Parlament

Rechte Vorfälle in der Polizei und bei der Bundeswehr haben ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Echte politische Konsequenzen bleiben jedoch aus. Selbst eine Waffenamnestie wurde Soldaten des Kommando Spezialkräfte angeboten, sodass Waffen- und Munitionsklau ohne Konsequenzen für die Soldaten bleiben.

Warum es sich nicht um Einzelfälle, sondern um ein verwobenes, organisiertes Netzwerk handelt und was wir im Parlament und auf der Straße dagegen tun können, darüber haben wir mit Tobias Pflüger, verteidigungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag gesprochen.

Hier der Mitschnitt des Facebook-Streams:

<https://www.facebook.com/tpflueger/videos/467723227731327>

Bildung in der Pandemie

Während der Pandemie haben wir uns mit dem Thema Bildung und der Auswirkungen der Pandemie auf diese beschäftigt. Um einen besseren Einblick in die Thematik zu erhalten haben wir die Bildungsexpertin Sabine Skubsch interviewt:

Solid im Gespräch mit der Bildungsexpertin Sabine Skubsch

**„Coronakrise
und der digitale Fernunterricht verstärken die
Bildungsungerechtigkeit.“**

Sabine Skubsch

setzt sich als Gewerkschafterin und als Mitglied des Landesvorstands

der LINKEN Baden-Württemberg gegen die Ungerechtigkeit im Bildungswesen ein. Im Moment beschäftigt sie sich mit dem Zusammenhang zwischen der Ökonomisierung und der Digitalisierung der

Schulen. Die promovierte Diplompädagogin arbeitet als Lehrerin an

einem beruflichen Gymnasium.

solid:

Wie würdest du die Bildungssituation in der momentanen Covid-19-Pandemie einschätzen?

Sabine Skubsch:

Nach den Schulschließungen am 17. März musste improvisiert werden.

Mit völlig unterschiedlichen Ergebnissen. Viele Lehrer*innen haben

sich total reingehängt, haben versucht, die Schüler*innen mit Fernunterricht zu beschulen und den Kontakt zu ihnen zu halten.

Schüler*innen, die sich selbst organisieren und digitale Medien für

sich nutzen können sowie die Unterstützung durch die Eltern erhalten, werden diese Zeit einigermaßen überstehen. Aber vor allem

die Schwächeren drohen abgehängt zu werden. Die Vorbereitungsklassen für ausländische Kinder sind in Baden-Württemberg überhaupt noch nicht für den Präsenzunterricht

eingepplant. In manchen Familien fehlen ausreichend funktionierende

digitale Endgeräte oder Medienkompetenz, um sinnvoll am

Fernunterricht teilnehmen zu können. Manche Schüler*innen sind einfach „verloren“ gegangen.

Die grün-schwarze

Landesregierung hat in dieser Zeit vollkommen versagt. Es fehlen

umsetzbare Vorgaben und Hilfen für die Schulen, wie die Probleme von

fehlendem Internetzugang bis zu unzureichenden Hygienebedingungen

gelöst werden sollen. Das Gespräch mit den Beteiligten –

Gewerkschaften sowie Eltern- und Schülervertreter*innen – hat CDU-Kultusministerin Eisenmann verweigert.

solid:

Inwiefern hat die Digitalisierung seit dem Pandemieausbruch das

Lernverhalten beeinflusst?

Sabine Skubsch:

Das ist sehr unterschiedlich. Eine aktuelle Untersuchung der PH

Ludwigsburg und der PH Heidelberg zeigt, dass nicht alle Schüler mit

digitalen Verfahren im Fernunterricht zu erreichen sind.

Schüler*innen sehen aber auch Vorzüge darin selbstständig

Arbeiten, sich die Zeit selber einteilen oder länger ausschlafen zu

können. Kinder, die auf eine individuelle Lernförderung angewiesen

sind und wenig familiäre Unterstützung haben, werden oftmals nicht

erreicht.

Probleme bereiten
auch die unterschiedlichen Wege der Kommunikation (Mail,
Messengerdienste, Chatprogramme oder Videochatprogramme wie
zoom,
Skype Microsoft teams usw.), die von Lehrkraft zu Lehrkraft
variieren
können.

Gerade hat der
Bildungsbericht 2020 bestätigt, dass sich die digitalen
Kompetenzen
der Jugendlichen nach sozialer Herkunft unterscheiden. Der
Unterschied liegt nicht im Zugang zu Internet und digitalen
Geräten;
auch das Nutzungsverhaltens und die Einstellungen sind
ähnlich. Aber
ein großer Anteil von Achtklässlerinnen und Achtklässlern
(33%)
sind lediglich in der Lage, äußerst einfache digitale
Informationen
zu verarbeiten z. B. einen Link anzuklicken. Gymnasiast*innen
erreichen dagegen ein deutlich höheres Niveau computer und
informationsbezogener Kompetenzen, obwohl sie seltener
digitale
Medien für schulbezogene Zwecke nutzen.

Solid:

Gibt es ein einheitliches Leitbild für die digitale Bildung
oder
sind Schulen und Universitäten auf sich selbst gestellt? Gab
es
bereits vor der Pandemie Richtlinien dafür?

Sabine Skubsch:

Über die Ziele und die Methoden digitaler Bildung wird vor allem in

Foren diskutiert, die von der IT-Branche selbst organisiert werden.

Die Bertelsmannstiftung oder Zusammenschlüsse der digitalen Wirtschaft wie BITCOM finanzieren Tagungen und Studien. Geld genug

haben sie dafür, da ja die IT-Riesen wie Google, Apple, Microsoft

usw. fast keine Steuern zahlen. Weil der Staat aber zu wenige Steuern

einnimmt, fehlt das Geld für unabhängige Bildungsforschung. In diese Lücke springen dann die Stiftungen der IT-Konzerne. Sie treiben die Politiker*innen vor sich her. Ihre Botschaft: die sofortige „Digitalisierung“ der Schule sei notwendig, sonst würde

die deutsche Wirtschaft der ausländischen Konkurrenz unterliegen.

Die FDP hat das banal zusammengefasst „Digital first, Bedenken second.“ Die IT-Konzerne verdienen immer.

Bitcom-Präsident

Berg – Lobbyist der IT-Branche – jubelt, dass die Coronakrise den

Schulen Digitalisierung beigebracht hätte. Man solle jetzt nicht den

Fehler machen „überhastet wieder in den alten Unterrichtsmodus zurückzukehren“, sondern auf „hochwertige und für alle zugängliche digitale Bildungsangebote“ setzen. Die Krise zeigt aber, dass vor allem die Schüler*innen aus sozial schwächeren Milieus durch den Fernunterricht weniger erreicht werden.

Es gibt kaum eine

öffentliche Diskussion darüber, welche Bildungsziele wir mit Digitalisierung fördern wollen. Wollen wir Kinder dazu

erziehen,
dass sie ihre Lust am Lernen behalten, und dass sie mit den Herausforderungen einer sich rasch verändernden Welt gut umgehen können? Oder wollen wir, dass die Schüler*innen passgenau den Anforderungen des Arbeitsmarktes genügen und dort gegenüber den „Konkurrenten“ im Vorteil sind?

solid:

Wie würdest du den Unterschied zwischen digitalem und analogem Unterricht beschreiben?

Sabine Skubsch:

Bei beidem kommt es darauf an, was man erreichen will. Man kann digitale Methoden so einsetzen, dass die Schüler*innen von einer Maschine abgerichtet werden. Der Computer registriert die Aufmerksamkeit, das Lerntempo usw. und „optimiert“ den Schüler entsprechend. Das Ergebnis ist der perfekt konditionierte zukünftige Arbeitnehmer, der eventuell noch einige Jahre besser oder zumindest billiger arbeitet als ein Computer. Im digitalen Unterricht kann aber auch gelernt werden, wie Programmierung bzw. Künstliche Intelligenz funktioniert. Damit die Kinder ein Bewusstsein entwickeln können, was die Maschine kann und was nicht. In einem solchen Unterricht werden Schüler*innen befähigt mitzuentcheiden, wofür wir zukünftig KI einsetzen wollen.

solid:

Schon vor der Pandemie und der mit ihr einhergehenden Digitalisierung des Unterrichts gab es soziale Benachteiligung. Könnten diese durch fehlende technische Ausstattung der Bildungseinrichtungen und der Familien verstärkt werden?

Sabine Skubsch: Gegen die soziale Spaltung hilft nur eine ausreichende Finanzierung des öffentlichen Schulwesens mit einer Ganztageschule für alle. Gymnasien müssen bis zum Ende der 10. Klasse abgeschafft werden. Selbstverständlich müssen Schulessen, Schulweg und technische Ausstattung wie Tablets oder PCs kostenfrei sein. Die soziale Schieflage des Bildungssystems darf aber nicht auf die Frage der Tablets reduziert werden. Es geht vor allem darum, wieviel Zeit die Lehrkräfte für wieviel Schüler*innen haben. In den „Problemschulen“ müssten mindestens zwei Lehrkräfte für eine Klasse da sein. Der Unterricht sollte ganztags sein und zwar so, dass die Schüler Lust haben dort zu sein. Digitalisierung kann Gutes und Schlechtes bewirken. Wer gerne mit anderen gemeinsam arbeitet, findet in den digitalen Medien hilfreiche Verstärkung. Kreative aufgeweckte Jugendliche können mit digitalen Medien viel anfangen. Kinder, die aber schon immer viel vor dem Fernseher saßen, verbringen noch mehr Zeit vor Spielkonsolen, Netflix u.a. Wer anfällig für Beeinflussung und

Verschwörungstheorien ist, kann durch digitale Medien noch stärker manipuliert werden.

solid: Die Krise hat den Umgang mit digitalen Medien im Bildungssystem stark beeinflusst. Gibt es nun die Chance digitale Bildung als Standard zu etablieren oder ist sie nur eine Behelfslösung?

Sabine

Skubsch: Die Krise forciert die Einführung digitaler Medien für den Fernunterricht. Aber ich sehe darin auch eine Gefahr.

Erstens gibt es zu wenig Geld für Bildung. Zu befürchten ist, dass den IT-Konzernen noch weiter die Tür zu den Schulen aufgemacht wird, weil Schulen bei der Umsetzung der Digitalisierung einfach auf privatwirtschaftliche Unterstützung angewiesen sind.

Google, Microsoft, Apple und Co zahlen fast keine Steuern in Europa. Dieses eingesparte Geld nutzen sie dazu, mittels Stiftungen Einfluss auf die Bildungsinhalte und natürlich auch auf die Hard- und Softwareausstattung der Schulen zu bekommen.

Ich sehe die Gefahr, dass die Digitalisierung diese Spaltung weiter verschärft. Ein Blick in die USA zeigt, dass die Kinder Privilegierter in mit gutem

Lehrpersonal ausgestatteten Universitäten gefördert werden, während die weniger Betuchten oft mit Online-Kursen vorlieb nehmen müssen.

Wir wollen eine Schule, die alle in digitalen/Hightech Inhalten genauso wie in kreativen, musischen und sozialen Inhalten bildet.

solid: Ist digitale Bildung für alle möglich, ohne dass Internetzugang und technische Ausstattung kostenfrei sind?

Sabine

Skubsch: Freier Internetzugang ist ein Menschenrecht. Davon dürfen arme Familien nicht ausgeschlossen werden. Natürlich müssen Lernmittel öffentlich finanziert werden. Jede Schüler*in und jede Lehrkraft braucht ein eigenes digitales Gerät! Außerdem brauchen wir leistungsfähigen Breitbandanschluss und WLAN für alle Schulen sowie mehr Lehrerfortbildung in Medienkompetenz und unabhängige Bildungsforschung zu Digitalisierung.

Mit Exzellenz gegen die

Interessen der Studierenden?



Am Donnerstag Abend haben die Ministerpräsident*innen der Länder der Exzellenzinitiative doch zugestimmt. Nicht nur Hamburg, das im Vorfeld ein Nein angekündigt hatte, ist eingeknickt, auch Brandenburg (LINKE-Regierungsbeteiligung) und Thüringen (LINKE-Landesregierung) haben zugestimmt. Dabei hätte eine Stimme gereicht, um die Exzellenzinitiative im Bundesrat abzulehnen. Die Zustimmung zur Exzellenzinitiative widerspricht allem, wofür wir zusammen mit der Partei und dem Studierendenverband seit Jahren streiten. Deshalb kritisiert die Mitgliederversammlung der Linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg die Zustimmung der Landesverbände in Brandenburg und Thüringen vehement!

Die Exzellenzinitiative ist ein Programm des Bundes, wodurch in einem Wettbewerb zwischen den Universitäten wenige ausgewählt werden, welche von den Milliardenzuschüssen profitieren. Von diesen Geldern des Bundes werden gezielt einzelne, wenige, “Elite”-Unis stark bevorzugt und die anderen Hochschulen bleiben (finanziell) auf der Strecke. Zudem profitiert mehrheitlich die Forschung von den Maßnahmen – die Lehre, und damit die Mehrheit der Studierenden, geht dabei leer aus. Endergebnis dieses Projekts sind also einige wenige Elfenbeintürme nach englischem und amerikanischem Vorbild und unterfinanzierte Lernfabriken für den Rest.

Die Exzellenzinitiative ist ein Elitenprojekt zur Umstrukturierung der Hochschullandschaft weg vom Bildungsideal ("für Alle") und hin zu einem Wettbewerb zwischen unternehmerischen Standorten. Gegen diese Logik wenden wir uns seit der Einführung der Exzellenzinitiative zusammen mit den Studierenden, den Gewerkschaften, einigen Professor*innen und der FAZ. Dass DIE LINKE nun in zwei Bundesländern gegen das eigene Parteiprogramm sich an dieser Verstärkung von Konkurrenz und Leistungszwang beteiligt, ist unverständlich. Wir sind wütend und enttäuscht über die Entscheidung der Landesverbände in Brandenburg und Thüringen. Eine derartige Regierungsbeteiligung ist das Gegenteil von fortschrittlicher Politik. Wir haben keine Illusionen, dass DIE LINKE in der Regierung den Sozialismus herbeiführt, aber sie muss sich entschieden gegen solch verrückte, neoliberale Projekte stellen!

#lifemussein

Beschlossen von der Landesmitgliederversammlung der Linksjugend ['solid] Baden-Württemberg am 18.6.16.

**Solidaritätserklärung auf dem
Bundeskongress der
Linksjugend ['solid]**



Wir dokumentieren an dieser Stelle eine Solidaritätserklärung einer Genossin, welche auf dem Bundeskongress der Linksjugend [‘solid] in Nürnberg am 9.4.16 vorgetragen wurde.

Rojbas Hevalno,

Mein Gesicht kennt ihr ja schon. Aber jetzt stehe ich hier für unseren Genossen Lars Schneider.

Heute Nachmittag haben wir noch vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge demonstriert, hier haben heute Refugees und Internationals Grußworte gehalten. Die Linksjugend [‘solid] steht – wie kaum ein anderer politischer Jugendverband in Deutschland – für internationale Solidarität.

Ok. Manche Genoss*innen auf der Twitterwall stehen mehr für antinationale Solidarität, aber das gönne ich denen auch.

Lars, Mitglied im Landesverband Baden-Württemberg, wollte genau diese Solidarität praktisch werden lassen und reiste mit anderen Genossen, u.a. aus Polen, nach Rojava.

Er wollte dort Aufbauarbeit leisten und sah das als seinen Beitrag für eine basisdemokratische, feministische, solidarische und kämpferische Gesellschaft.

Zumindest versuchte er es. Beim ersten Checkpoint in Südkurdistan wurde er von der Peshmerga gefangen genommen. Wem noch nicht klar war, dass die Waffenlieferungen der Bundesregierung an die Kurd*innen den Genoss*innen in Rojava nicht hilft, dem dürfte es spätestens hier klar werden.

Lars wurde dann insgesamt 12 Tage im Nordirak/ Südkurdistan in

Gefängnissen festgehalten.

Heute wurde abgeschoben in die BRD.

Bei seiner Ankunft wurde er, laut Auskunft von Genoss*innen, aus dem Flugzeug gezogen und von der Bundespolizei in Gewahrsam genommen. Dort wird er seit Stunden befragt und festgehalten. Wir haben keinen Kontakt mehr.

Diese Vorgänge zeigen einmal mehr: Kurd*innen und kurdische Unterstützer*innen müssen in Deutschland entkriminalisiert werden. Das PKK-Verbot muss aufgehoben werden. Und Genoss*innen, die vor Ort helfen wollen, dürfen nicht mehr staatlichen Repressionen ausgesetzt sein. Deutsche Behörden leisten hier wieder einmal Schützenhilfe für Erdogans kurden- und demokratiefeindliche Politik.

Meine Gedanken sind im Moment bei meinem Genossen Lars.

Meine Solidarität aber gilt allen von staatlicher Repression betroffenen Genoss*innen, die sich hier, in der Türkei, oder anderswo für eine freiheitliche, friedliche und demokratische Gesellschaft einsetzen.

Biji berxwedan!

Es lebe der Widerstand!